

Zweite Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst (2. AVBayRDG)

Vom 13. August 1975 (GVBl S. 276, BayRS 215-5-1-2-I), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1993 (GVBl S. 736)

Auf Grund des Art. 13 Abs. 1 und 2 des Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst vom 11. Januar 1974 (GVBl S. 1) erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1 Notwendige Anzahl von Rettungswachen und Krankenkraftwagen

(1) ¹Es sind so viele Rettungswachen zu errichten, dass jeder an einer Straße liegende Einsatzort in der Regel innerhalb einer Fahrzeit von höchstens 12 Minuten erreicht werden kann (Hilfsfrist). ²In dünn besiedelten Gebieten mit schwachem Verkehr kann ausnahmsweise eine Hilfsfrist bis zu 15 Minuten in Kauf genommen werden. ³Für die Auswahl des Standorts von Rettungswachen sind Besiedlungsdichte und Schwerpunkte von Industrie und Verkehr maßgebend. ⁴Rettungswachen sollen nach Möglichkeit an Krankenhäusern eingerichtet werden.

(2) ¹Die nach Absatz 1 notwendigen Rettungswachen müssen ganzzeitig einsatzbereit sein. ²Zur Sicherstellung der Versorgung von Notfallpatienten können in besonderen Fällen Krankenkraftwagen auch außerhalb der Rettungswache stationiert werden (Stellplatz); Personal und Fahrzeug sind einer Rettungswache zugeordnet.

(3) ¹Die Anzahl der Krankenkraftwagen ist so zu bemessen, dass die Hilfsfrist in der Regel auch unter Berücksichtigung eines regelmäßig zu erwartenden Spitzenbedarfs eingehalten werden kann. ²Von der festgestellten Gesamtzahl sollen 40 v. H. Rettungswagen sein. ³Jede nach Absatz 1 notwendige Rettungswache muss mindestens über einen ganzzeitig besetzten Rettungswagen verfügen.

§ 1a Krankenkraftwagen und ihre Besetzung

(1) ¹Abweichend von Art. 11 Abs. 1 Satz 3 BayRDG kann ein Krankenkraftwagen eingesetzt werden, wenn er wesentlich schneller als ein für die Notfallrettung zugelassenes Fahrzeug den Notfallort erreichen kann. ²In diesem Fall ist zusätzlich ein für die Notfallrettung zugelassenes Fahrzeug zu alarmieren, soweit der Zustand des Patienten dies erfordert.

(2) Abweichend von Art. 11 Abs. 1 Sätze 1 und 2 BayRDG kann die Beförderung Behinderter, deren Betreuungsbedürftigkeit nicht ausschließlich auf die Behinderung zurückzuführen ist, auch mit Fahrzeugen durchgeführt werden, die der Behinderung des Patienten entsprechend eingerichtet sind.

(3) Art. 11 Abs. 2 BayRDG ist auf Krankentransporte innerhalb des Krankenhausbereichs, die von einem durch den Krankenhausträger beauftragten Unternehmer durchgeführt werden, nicht anzuwenden, soweit der Zustand des Patienten dies erlaubt.

(4) ¹Abweichend von Art. 11 Abs. 1 Satz 3 BayRDG können bei Schadensereignissen mit einer größeren Anzahl Verletzter oder Kranker zur Notfallrettung auch Krankentransportwagen eingesetzt werden, die für den Katastrophenfall oder den allgemeinen Sanitätsdienst (Art. 3 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BayRDG) vorgehalten werden. ²In diesen Fällen soll sowohl beim Krankentransport als auch bei der Notfallrettung mindestens ein Rettungssanitäter im Sinn von § 1 der Verordnung über die Tätigkeit als Rettungssanitäter (BayRS 215-5-1-3-I), geändert durch Verordnung vom 4. Dezember 1990 (GVBl S. 532), in der jeweils geltenden Fassung die Patienten betreuen. ³Abweichend von Satz 2 kann bis zum 31.12.1995 anstelle eines Rettungssanitäters auch eine andere geeignete Person die Patienten betreuen, sofern sie über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten zur Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport verfügt.

(5) Bis zum Erlass der entsprechenden Norm des Europäischen Komitees für Normung können Rettungswagen für die Notfallrettung eingesetzt werden, die der DIN 75080 Teil 2 in der Fassung entsprechen, wie sie vom 1. Januar 1989 bis zum 31. Juli 1993 gültig war.

§ 2 Ausstattung der Rettungsleitstelle

¹Die Ausstattung der Rettungsleitstelle mit Fernmeldeeinrichtungen muss gewährleisten, dass sie ihre Aufgaben jederzeit erfüllen kann. ²Zu den notwendigen Einrichtungen gehören neben den notwendigen Funk- und Fernsprechatfrageplätzen insbesondere:

1. Direktleitungen zwischen der Rettungsleitstelle und den in ihrem Rettungsdienstbereich gelegenen
 - a) Rettungswachen,
 - b) Notrufzentralen der Polizei und der Feuerwehr,
 - c) Krankenhäusern, die für die Aufnahme von Notfallpatienten geeignet sind und
 - d) Zentralen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes;

sind die unter Buchstaben b bis d genannten Einrichtungen durch Direktleitungen mit einer Rettungswache verbunden, ist ihre unmittelbare Verbindung mit der Rettungsleitstelle nicht notwendig.

2. Funksprechverbindung über Relais zwischen der Rettungsleitstelle und allen Krankenkraftwagen und Rettungswachen sowie der Polizei und den Feuerwehren in ihrem Bereich.

§ 3 Ausstattung der Rettungswachen

(1) ¹Notwendige Rettungswachen müssen über Aufenthaltsräume und Garagen sowie über Waschelegenheiten für Personal und Fahrzeuge verfügen. ²Sie sollen über Desinfektionslegenheiten für Personal und Fahrzeuge verfügen.

(2) ¹Bei der Auswahl der Garagen ist eine verkehrsmäßig günstige Lage anzustreben, die einen schnellen Einsatz nach allen Richtungen gewährleistet. ²Unterkünfte und Garagen müssen nahe beieinander liegen. ³Die Garagen sollen heizbar und mit den erforderlichen Einrichtungen für die Fahrzeugpflege ausgestattet sein.

(3) Die Rettungswachen müssen mit dem notwendigen Sanitätsmaterial und Rettungsgerät ausgestattet sein.

§ 4 Einrichtungen des Berg- und Wasserrettungsdienstes

(1) ¹Für die Bergrettung werden Bergrettungswachen errichtet. ²Im alpinen Bereich sind sie eigene Einrichtungen, im Mittelgebirge werden sie einer Landrettungswache zugeordnet. Ihre Einsatzbereitschaft muss jederzeit hergestellt werden können.

(2) ¹Zur Durchführung des Wasserrettungsdienstes werden Wasserrettungsstationen errichtet. ²Sie sind an Gewässern gelegene Festbauten, die über Telefon oder Funk erreichbar sein müssen. ³Soweit aus Einsatzgründen weitere Stützpunkte eingerichtet werden, sind diese Teil einer Wasserrettungsstation. ⁴Die Einsatzbereitschaft der einzelnen Wasserrettungsstationen wird in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung geregelt (Art. 3 Abs. 4 BayRDG).

(3) Die Anzahl und der Standort der nach den Absätzen 1 und 2 genannten Einrichtungen bestimmt sich nach den Bedürfnissen eines leistungsfähigen Berg- und Wasserrettungsdienstes.

(4) ¹Bergrettungswachen und Wasserrettungsstationen müssen eine Fernmeldeverbindung zur Rettungsleitstelle haben. ²Ihnen werden die notwendigen Sonderfahrzeuge und Sondergeräte zugewiesen.

§ 4a Durchführung des Bergrettungsdienstes

(1) Für die Einbeziehung der Bergrettung in die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen nach Art. 3 Abs. 4 BayRDG ist die Gliederung der Bergwacht in Bergwachtsabschnitte maßgebend.

(2) Für den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung ergibt sich folgende Zuständigkeit:

1. Bergwachtsabschnitt Chiemgau:
Rettungszweckverband Traunstein,
2. Bergwachtsabschnitt Hochland:
Rettungszweckverband Oberland,
3. Bergwachtsabschnitt Allgäu:
Rettungszweckverband Kempten,
4. Bergwachtsabschnitt Bayerwald:
Rettungszweckverband Straubing,
5. Bergwachtsabschnitt Frankenjura:
Rettungszweckverband Nürnberg,
6. Bergwachtsabschnitt Fichtelgebirge:
Rettungszweckverband Hof,
7. Bergwachtsabschnitt Rhön:
Rettungszweckverband Schweinfurt.

(3) ¹Soweit ein Bergwachtabschnitt das Gebiet mehrerer Rettungszweckverbände ganz oder teilweise umfasst, vertritt der in Absatz 2 genannte Rettungszweckverband beim Abschluss, bei der Änderung und Kündigung der Vereinbarung die übrigen Rettungszweckverbände. ²Ihre Zustimmung ist vorher herbeizuführen. ³Über die nach Art. 3 Abs. 4 Satz 3 BayRDG erforderliche Genehmigung entscheidet die Regierung, der die Aufsicht über den abschließenden Rettungszweckverband obliegt.

§ 5 Luftrettungseinrichtungen

(1) ¹Luftrettungseinrichtungen sind die vom Staatsministerium des Innern gemäss Art. 12 Abs. 1 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst festgelegten Rettungshubschrauberstationen. ²Sie sollen an einem Krankenhaus (Stammkrankenhaus) errichtet werden.

(2) Die Rettungshubschrauberstation ist durch eine Direktleitung mit der Rettungsleitstelle verbunden.

§ 6 Kostenausgleich

(1) Der Kostenausgleich wird im Wege einer gemeinsamen Abrechnung der Einsätze aller auf Grund von Art. 3 BayRDG im Rettungsdienst Tätigen vorgenommen.

(2) Der Kostenausgleich wird durch die beim Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes in München errichtete zentrale Abrechnungsstelle (Rettungsdienst Bayern) jeweils für ein Kalenderjahr durchgeführt.

(3) ¹Vor Beginn des Kalenderjahres legen die nach Absatz 1 am Kostenausgleich Beteiligten der zentralen Abrechnungsstelle Schätzungen der zu erwartenden Kosten vor.

²Die zentrale Abrechnungsstelle überprüft die Schätzungen im Einvernehmen mit den Beteiligten. ³Sie weist die für Einsätze im Kalenderjahr eingehenden Einnahmen den Beteiligten entsprechend dem Verhältnis ihrer geschätzten Kosten zu. 30 v. H. der ver-

anschlagten Erträge (Soll-Einnahmen) werden bis zur Erstellung der Jahresschlussrechnung einbehalten.

(4) ¹Nach Ablauf des Kalenderjahres legen die Beteiligten der zentralen Abrechnungsstelle ihre Jahresabrechnung vor. ²Die zentrale Abrechnungsstelle erstellt bis zum 30. Juni des laufenden Jahres im Einvernehmen mit den Beteiligten eine Jahresschlussrechnung. ³Sie verteilt die im abgelaufenen Kalenderjahr im Rettungsdienst erwirtschafteten Erträge auf die Beteiligten zur Deckung ihrer Kosten.

(5) ¹Reichen die erwirtschafteten Erträge zur Kostendeckung nicht aus, sind sie nach dem Verhältnis der in der Jahresschlussrechnung (Absatz 4 Satz 2) ausgewiesenen Kosten der Beteiligten zu verteilen. ²Soweit die Erträge die Aufwendungen übersteigen, sind sie einzubehalten und in die Kostenrechnung des laufenden Jahres einzubeziehen.

(6) Erträge aus dem abgelaufenen Kalenderjahr, die eingehen, nachdem die zentrale Abrechnungsstelle die Jahresschlussrechnung erstellt hat, sind ebenfalls in die Kostenrechnung des laufenden Jahres einzubeziehen.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. September 1975 in Kraft.